

Naale-Zeitung

Dreizehnhundertster Jahrgang.

Anzeigen
werd. A. 7spat. 30mm. Kolon-
zeile oder deren Raum mit 40 Pf.
berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigenstellen
angemessen. Reklamen die 22 mm
breite Zeile 1,25 M. Anzeigen-
annahmeschluss vorm. 11 Uhr,
für die Sonntags-Bl. abends
6 Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle, Erbsen-
stra. 2 mal, Sonntags 1 mal, Schrift-
leit. u. Haupt-Verkaufsstelle: Halle
Neue Promenade 18, Dr. Braun-
hausstr. 17. Neben-Verkaufsstelle:
Markt 24 und Große Ulrichstr. 25.

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Vorstellung 1,50 Mark, vierteljährlich
4,50 Mark, durch die Post 2,50 Mark
zusätzlich. Zustellungsgebühr, Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
einzelnen Zeitungsvertrag (ohne unter-
wiesene Zeitungen) 20 Pf. für un-
verlangt einbezogen. Hausbesitzer
sollten keine Briefkastennummern,
sondern nur mit Freiquoten-
angebote. (Zeitung) gesteuert.
Vertrauf der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Verwaltung Nr. 1142,
der Bezugs-Verwaltung Nr. 1133,
Postfach-Konto Nr. 1140.

Nr. 37.

Halle, Donnerstag, den 23. Januar.

1919.

Das Endergebnis der Wahlen.

Die Deutsche demokratische Partei das Jüngling an der Wage. — Erneute Verhandlungen der Waffenstillstandskommission

Endergebnis der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.

233 bürgerliche, 188 sozialdemokratische Abgeordnete.

Berlin, 22. Januar. Das Endergebnis der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung nach nichtamtlichen Meldungen legt sich folgendermaßen zusammen: In den 12 Wahlkreisen mit 421 Abgeordneten haben erhalten: die Deutschnationale Volkspartei 34, die christliche Volkspartei 18, die Deutsche Volkspartei 23, die Deutsche demokratische Partei 77, die sozialdemokratische Partei 164 und die unabhängige sozialdemokratische Partei 24 Sitze. Ferner sind 11 Fraktionslose gewählt, die sich zusammensetzen aus 1 Weissen, 1 Vertreter der Bauern- und Landarbeiter-Demokraten, 4 bayerischer Bauernbündler und 2 Vertretern des völkervereinigten Bauern- und Bürgerbundes.

Hiernach übersteigt die Zahl der 233 bürgerlichen Abgeordneten die der 188 sozialdemokratischen um 45. Da die bei den Wahlverfahren vorgesehenen 12 Abgeordneten nicht gewählt werden konnten, so beträgt in der Nationalversammlung die Mehrheit 211 Abgeordnete. Sonach könnten die bürgerlichen Abgeordneten unter allen Umständen gegenüber der sozialdemokratischen eine Mehrheit bilden, wenn der Verkauf der Dinge dazu treiben sollte. Andererseits aber wird die freiheitliche Entwicklung der künftigen deutschen Republik zum Besten dienen, daß die Mehrheitssozialisten und die bürgerliche Demokratie (Deutsche demokratische Partei) mit ihren 241 Abgeordneten eine erdrückende Mehrheit gegenüber allen anderen Parteien in der Nationalversammlung bilden werden.

Vereitelung der Wahlen im Wahlkreis Duisburg.

Duisburg, 22. Januar. Die Wahl zur deutschen Nationalversammlung ist in der Stadt Hamborn in 34 von 10 Bezirken, im Stadtteil und in der Stadt Dinslaken in sämtlichen 4 Bezirken, in der Bürgermeisterei Walsbühl in sämtlichen 4 Bezirken und in den Bezirken Brühlhausen und Wülfing, das heißt in insgesamt 48 Wahlbezirken gewaltam vereitelt worden, so daß die Wahlhandlung nicht stattfinden und das Wahlergebnis nicht festgestellt werden konnte. Im ganzen kommen in den ausgefallenen Stimmbezirken 58 000 Wahlberechtigten in Frage.

Ende des Elektrizitätsstreiks in Berlin.

Drohender Ausfall der Gasarbeiter
Berlin, 22. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Der Elektrizitätsstreik ist beigelegt. Sofort nach Verkündigung des Schlichterbeschlusses des Einigungsamtes, der um 6 Uhr geftalt worden ist, sind die Arbeiter wieder aufgenommen worden. Um 8 Uhr soll der Betrieb wieder in vollem Umfange im Gange sein. Die Arbeiter haben ihre seltsamen Agenden, die sofort nach der Verkündigung zu begeben. Den Arbeitern ist teilweise ihre Anforderung bewilligt worden.

Der Vorsitzende des Verbandes der Heizer und Maschinenführer, daß bei dieser Lohnbewegung ein parteipolitisches Vorhaben ausgeschlossen gewesen sei.
Im Anschluß an die Lohnbewegungen der letzten Zeit haben auch die Gasarbeiter erhebliche Lohnforderungen angemeldet, über die die sich schwierige Verhandlungen entwickelt haben, doch ist, wie wir hören, ein Streik der Gasarbeiter mit den fatalen Folgen Begleiterscheinungen, die er zur Folge haben müßte, die die allerhöchste Zeit noch nicht, keinesfalls für heute zu erwarten.

Einschränkung der Beleuchtung in Berlin.

Pollzeistunde 9 1/2 Uhr.
Berlin, 22. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) In einer beschleunigten Beratung, die heute Mittag im Sitzungssaal

Groß-Berlins zwischen zahlreichen Vertretern der Gas- und Elektrizitätsanstalten, der Polizeidirektion usw. stattfanden, und an der sich der Minister des Innern, Paul Gieseler teilnahm, wurde beschlossen, daß die öffentliche Straßenbeleuchtung von 1/2 Uhr bis 11 Uhr in dem bisherigen Umfange aufrechterhalten werden soll. Ohne Widerspruch wurde dem Vorschlage zugestimmt, Gaspfeiferstunden von 1/2 Uhr bis 11 Uhr vormittags und von 2 bis 5 1/2 Uhr nachmittags einzuführen. Die Polizeistunde wurde für 9 1/2 Uhr festgelegt. Eine radikale Maßnahme ist auch die Einschränkung des Theaterbetriebes. Den Theatern und anderen Vergnügungsgestütern wird nur 50 Prozent des elektrischen Stromes zugestimmt, den sie im Dezember 1918 verbrauchen durften. Die Polizeistunde wird für alle Theater und Vergnügungsgestütern wohl bis 10 Uhr festgelegt werden. Eine gründliche Einschränkung wird der Straßenbeleuchtung erfahren. Es ist geplant, den Verkehr im Zentrum der Stadt um 10 Uhr 15 Min. schließen zu lassen.

Die Waffenstillstandsverhandlungen wieder in Spa.

WTB Berlin, 22. Januar. (Drahtnachricht.) Dem Bericht der Waffenstillstandskommission in Spa ist folgendes zu entnehmen: Sitzung vom 20. Januar: Dem Ersuchen der deutschen Kommission um freien Brief-, Telefon- und Telegraphenverkehr im besetzten Westgebiet wird keine Folge gegeben mit der Begründung, diese Frage betreffe ausschließlich die Sicherung der Besatzungstruppen. Der Vorsitzende der französischen Kommission erhebt Klage darüber, daß die Besetzung der elsaß-lothringischen Industrie mit deutschem Koks nicht in dem durch das Luxemburger Abkommen festgelegten Umfange erfolgte. Die deutsche Waffenstillstandskommission stellt dazu fest, daß die sämtlichen Kohlen- und Koksbetriebe Deutschlands völlig desorganisiert seien. — Der deutschen Kommission sind zahlreiche Nachrichten über eine ungewöhnlich harte Behandlung des Feldmarschalls v. Wardenes zugegangen. Der deutsche Vorsitzende erklärt, er könne nicht annehmen, daß eine derartige Behandlung des tapferen Führers, welcher nicht als Kriegsgefangener in die Hände der Franzosen fiel, den Absichten des Allierten-Oberkommandos entspreche und bitte um baldige Klärung. Der Kommandant der Allierten, die deutsche Waffenstillstandskommission erhebt zahlreiche unbegründete Beschwerden, wird deutscherseits in einer Protestnote zurückgewiesen. Es ist Pflicht der deutschen Vertreter, alle Fälle vorzubringen, in denen deutsche Interessen und deutsche Personen mißbrüchlich behandelt werden. Es müsse festgestellt werden, daß zahlreiche, vor längerer Zeit vorgebrachte deutsche Beschwerden sich heute nicht beantworten lassen, so z. B. eine Note über Zwischenfälle in Schlettstadt und Straßburg. Eine solche Behandlung offizieller Noten entspreche nicht den internationalen Gebräuchen.

Der Niedergang der sächsischen Industrie.

Dresden, 22. Januar. (Priv.-Tel.) Dr. Gradmann machte in seiner gestrigen Programmrede die Mitteilung, daß mit den thüringischen Staaten Verhandlungen angeknüpft seien dahingehend, einige dieser Staaten für den freiwilligen Anschluß an Sachsen zu bewegen. Diese Verhandlungen haben bisher kein Ergebnis gezeigt. Der hauptsächliche Grund hierfür ist zweifellos darin zu suchen, daß die sächsische Industrie sich in einer unheilvollen Krise befindet, daß ganze Industriezweige bereits still liegen und bei dem abnehmenden Lohnverderben und der täglich steigenden Kosten der nötige Zusammenbruch in greifbarer Nähe liegt.

Der polnische Vormarsch stockt.

Danzig, 22. Januar. (Priv.-Tel.) Aus Polen wird uns gemeldet: Der polnische Vormarsch ist an der ganzen polnischen Front zum Stillstand gekommen. Die Polen sind 10 Km. vor Bromberg in ihrem Vorwärtsschreiten geblieben. Thorn ist bis jetzt überhaupt nicht bedroht. Der Druck des verkräfteten und diesmal wohlorganisierten deutschen Widerstandes macht sich an der ganzen Front fühlbar.

Die Wahlen zur preussischen Nationalversammlung.

Von Staatsminister Dr. A. Friedberg.

Den Wahlen zur Nationalversammlung für das Deutsche Reich folgen unmittelbar am 26. d. Mis. die Wahlen zur Preussischen Nationalversammlung. Sie werden für unser engeres Vaterland kaum von geringerer Bedeutung sein als die ersten. Auch bei ihnen handelt es sich darum, die Verfassung Preußens auf eine andere, den durch die Umwälzung geschaffenen Zeitverhältnissen entsprechende Grundlage zu stellen. Werden auch die Reichswahlen für die Einzelstaaten in gewissem Umfange durch die Reichsverfassung festgelegt, so kann diese doch nur einen allgemeinen Rahmen dafür geben, der durch die einzelstaatlichen Volkswahlgesetze auszufüllen ist. Um welche Aufgaben es sich dabei handelt, soll hier in Kürze dargelegt werden.

Verfassungen enthalten gewöhnlich zwei Gruppen von Rechten. Die erste umfaßt die sogenannten „Grundrechte“, es sind dies die Rechte des Volkes gegenüber der Staatsgewalt. Durch sie werden der Staatsgewalt also Grenzen gezogen, es wird der einzelne gegenüber Uebergriffen des Staates in die private Rechtssphäre geschützt. Alles, was die bisherige preussische Verfassung darüber an Rechten unter dem Titel „Rechte der Preussen“ gewährt, muß daher auf seinen Inhalt genau geprüft und mit dem freiheitlichen Bewußtsein der Gegenwart in Einklang gebracht werden. Gewissensfreiheit, Lehr- und Lernfreiheit, Freiheit der Person, alles das muß stärker betont und weiter ausgedehnt werden, als das in der alten Verfassung der Fall war.

Die zweite Gruppe von Rechten bezieht sich auf die Organisation der Staatsgewalt. Hier wird ebenfalls durch die Reichsverfassung schon ein erheblicher Teil festgelegt sein. So die Staatsform, d. h. die Republik, die Wahlen zur Volkswahl, die selbstverständlich nach dem Grundsatze des gleichen Wahlrechts eingerichtet werden können, die Grundzüge der inneren Organisation der Verwaltung und die Stellung des Staates zu den großen öffentlich-rechtlichen Korporationen, wie Selbstverwaltung, Kirche usw. Daß in Bezug auf die Kommunalverwaltung dem Grundsatze größtmöglicher Freiheit auf demokratischer Grundlage Rechnung getragen werden muß, versteht sich von selbst. Wenn die Verfassung auch alle diese Dinge nicht im einzelnen regeln kann, sondern dies der Sondergesetzgebung vorbehalten muß, so wird sie immerhin die leitenden Grundzüge aufstellen können. Deshalb wird auch diese Gruppe von Rechten eine ganz hervorragende Bedeutung für die Zukunft unseres Staatslebens haben.

Von ganz besonderer Wichtigkeit wird aber bei der Beratung der neuen Verfassung der Abschnitt sein, der sich mit dem „Staatsgebiet“ befaßt. Nach Zeitungsnachrichten ist es bei der Regierung der Plan zu bestehen, das preussische Staatsgebiet in der Weise aufzuteilen, daß es in eine Reihe selbständiger Republiken zerlegt wird. Die Deutsche demokratische Partei würde einer solchen Absicht den härtesten Widerstand entgegenzusetzen. Wir sehen dabei ganz ab von dem Gefährlichsten, das ein Preußenbewegung muß bei dem Gedanken, den Staat zertrümmert zu sehen, mit dem wir alle verwachsen sind und dessen ruhmreiche Geschichte wir nie vergessen werden. Die Gründe, die dafür geltend gemacht werden, reichen nach keiner Richtung hin aus, um einen derartigen ungeschildigten Gewaltakt vorzunehmen. Man weiß darauf hin, daß die Bildung des preussischen Staates dynastischen Ursprungs sei. Das trifft aber bei allen deutschen Staaten zu. Jedensfalls hat sich im Lauf des Zeit dieses dynastische

*) Der Regierungsentwurf, der mittlerweile erschienen ist, steht in der Tat die Aufteilung Preußens vor. Die Schriftleitung

Energische Arbeit für Riste Abberhalten!

